

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Motion Daniel Kast (CVP): Leistungsvertrag und Vereinbarung mit der Reitschule: Unabhängige juristische Überprüfung**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, den Leistungsvertrag und die Zusatzvereinbarung mit der IKuR (Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule) bzw. mit dem Verein Trägerschaft Grosse Halle mindestens

- einem unabhängigen, ausserkantonalen juristischen Experten zur Prüfung zu unterbreiten,
- diesen mit der Abfassung eines Gutachtens, beinhaltend eine Beurteilung der juristischen Zulässigkeit der Vertragswerke zu beauftragen sowie
- das Gutachten im Anschluss daran zu veröffentlichen.

Begründung:

Aus und von der Presse hat die CVP Kenntnis vom Inhalt der oben erwähnten Vertragswerke erhalten. Zudem hat sie der vorläufigen Traktandierung entnommen, dass der obige Vertrag nächstens dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt werden soll.

Die CVP hat sich wiederholt für Kultur, aber gegen rechtsfreie Räume in der Reitschule und gegen die Krawalle ausgesprochen. Nach einer ersten Durchsicht des vorliegenden Vertrags stellen sich aus Sicht der CVP grundlegende juristische und staatspolitische Fragen im Zusammenhang mit dem Vertragswerk. Es ist zwingend erforderlich, dass alle Zweifel an der Zulässigkeit dieser Verträge ausgeräumt werden, so dass der Stadtrat in voller Kenntnis der Sachlage entscheiden kann.

Der CVP stellen sich insbesondere folgende wichtigen und dringlichen Fragen:

1. Ist es grundsätzlich zulässig, dass der Gemeinderat mit Privaten (in diesem Fall mit einer Kulturinstitution) Vereinbarungen über Voraussetzungen, Umstände sowie Art und Weise allfälliger Polizeieinsätze trifft?
2. Wird mit einer solchen Vereinbarung nicht
 - zwingendes öffentliches Recht verletzt (insbesondere die kantonale und städtische Polizeigesetzgebung), bzw. sind Aufgaben und Funktion der Polizei nicht zwingend und abschliessend geregelt?
 - in rechtswidriger Weise über das öffentliche Rechtsgut öffentliche Sicherheit verfügt?
 - ein rechtsfreier Raum geschaffen („Rechtsraum minderen Zugriffs“, Vorwarnungssystem auch für potentielle Rechtsbrecher)?
3. Werden mit einem solchen Vorgehen nicht wichtige rechtsstaatliche Prinzipien verletzt? Solche Prinzipien sind:
 - absolute Rechtssicherheit im Bereich des staatlichen Gewaltmonopols, und damit generell in allen Bereichen der Polizeiarbeit sowie im Verhältnis Bürger-Polizei. Diese Rechtssicherheit dient gerade auch der Verhinderung von Polizeiwillkür!
 - Rechtsgleichheit bzw. Gleichbehandlung aller Bürger.

Bei der Bestellung der Experten ist darauf zu achten, dass diese neutral und politisch nicht gebunden sind. Zudem müssen sie den Vertrag sowohl aus zivilrechtlicher wie auch aus öffentlich-rechtlicher Sicht beurteilen und eine substantiierte Würdigung vornehmen.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 4. März 2004

Motion Daniel Kast (CVP), German Kalbermatten, Daniel Lerch

Antwort des Gemeinderats

Die Motion datiert vom 4. März 2004. An seiner Sitzung vom 18. März 2004 behandelte der Stadtrat die Leistungsverträge zwischen der Stadt Bern und der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule einerseits sowie dem Verein Trägerschaft Grosse Halle anderseits. Er genehmigte den Antrag betreffend Leistungsvertrag mit der Reitschule mit 55 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung und den Antrag betreffend Leistungsvertrag mit der Grossen Halle mit 56 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung.

Bei der Behandlung der erwähnten Geschäfte hat Herr Stadtrat Kast die Forderung der Motion in Form eines Rückweisungsantrags vorgebracht. Der Antrag wurde vom Stadtrat mit 16 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Die Leistungsverträge sind nach ungenutztem Ablauf der Referendumsfrist rückwirkend auf den 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Sie gelten bis zum 31. Dezember 2007.

Damit ist die vorliegende Motion gegenstandslos geworden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den Vorstoss abzulehnen.

Bern, 8. September 2004

Der Gemeinderat